

P r o t o k o l l

der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Jugend am 26. August 2013 im Haus der Begegnung

Öffentlicher Teil

Beginn: 18:05 Uhr

Ende: 20:35 Uhr

Anwesenheit

Herr Marian Kummerow
Herr Erich Cymek
Herr Berndt Dr. Frisch
Herr Jost Aé
Frau Anne Lembke
Frau Anja Reuhl
Herr Burkhard Siperko
Herr Olaf Klotsch

Entschuldigt

Herr Jan-Ole Schulz

Verwaltung

Herr Ulf Dembski, Dezernent Dez. III
Frau Carola Felkl, Amt für Jugend und Soziales
Frau Ines Gömer, Amt für Jugend und Soziales
Herr Bengt Jacobs, Kinderschutzbeauftragter
Frau Monika Kindt, Behindertenbeauftragte
Herr Ludwig-Andreas Klöckner, Amt für Jugend und Soziales

Gäste

Frau Christiane Sitterlee, Seniorenbeirat
Herr Jörg Raddatz, Kleine Liga

Tagesordnung:

1. Sitzungseröffnung
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen und Anregungen von Kindern, Jugendlichen und Einwohnern
4. Sachstand Kita-Problematik
5. Diskussion von Beschlussvorlagen
- 5.1. Benutzung - und Gebührensatzung für die kommunalen Kindertagesstätten der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. III, Amt 51 05/1118
- 5.2. 3. Änderungssatzung zur Satzung für den Kultur- und Sozialpass der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Dez. III, Amt 51 05/1117
- 5.3. Zusätzliche Aufnahme von Asylsuchenden und dezentrale Unterbringung
Bündnis 90 / Die Grünen 05/1105
- 5.4. Schönwalde Begegnungszentrum
SPD-Fraktion 05/1131
6. Informationen der Verwaltung
7. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Mitglieder des Ausschusses
8. Informationen des Ausschussvorsitzenden
9. Bestätigung des Protokolls vom 03.06.2013
10. Sitzungsende

Zu TOP: 1. Sitzungseröffnung

Herr Kummerow eröffnet die Sitzung um 18:05 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

Zu TOP: 2. Bestätigung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 8 X Ja

Zu TOP: 3. Fragen und Anregungen von Kindern, Jugendlichen und Einwohnern entfällt

Zu TOP: 4. Sachstand Kita-Problematik

Frau Felkl berichtet zum Stand der Entgeltverhandlungen für die kommunalen Kitas. Die zunächst noch offenen Fragen zu den Kostenblättern sind inzwischen geklärt. Seit Beginn der Ferien hat es zwei Gesprächstermine mit dem Jugendamt des Kreises gegeben. Am 06.08.2013 lief die 6-Wochenfrist ab, innerhalb derer ein Anspruch auf Verhandlungen besteht, wegen der Urlaubszeit und aus anderen Gründen wurde dann seitens des Kreises auf die 35. Kalenderwoche orientiert. Die nun zugesagten Verhandlungstermine am 04. und 05. September 2013 sollen aus Sicht der Universitäts- und Hansestadt Greifswald unbedingt eingehalten werden. Die Ergebnisse sollten dann in der Bürgerschaftssitzung am 16.09.2013 vorgestellt werden. (Inzwischen sind als Verhandlungstermine der 04. und der 09.09.2013 festgelegt. Die Ergebnisse sollen dann in einer gemeinsamen Sitzung des Finanzausschusses und des Sozialausschusses präsentiert werden.)

Herr Aé fragt, ob der LK V-G einen Termin für die Abgabe der Kostenblätter gestellt hatte.

Frau Felkl erklärt dazu, dass die Kostenblätter im April an den LK V-G abgereicht wurden; Ergänzungen wurden nach Aufforderung nachgereicht.

Frau Lembke fragt nach den Gründen für die verzögerten Vertragsverhandlungen.

Frau Felkl stellt fest, dass die Termine ursprünglich von Frau Kaiser bestätigt wurden, dann aber ein Termin wegen Terminkollision wieder abgesagt wurde. Nach geltendem Recht kann bei weiterer Verzögerung ggf. die Schiedskommission angerufen werden.

Zu TOP: 5. Diskussion von Beschlussvorlagen

Zu TOP: 5.1. Benutzungs - und Gebührensatzung für die kommunalen Kindertagesstätten der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Frau Gömer stellt die Benutzung - und Gebührensatzung für die kommunalen Kindertagesstätten der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vor und erläutert die Notwendigkeit und die wesentlichen Einzelheiten.

Frau Reuhl verweist auf ihre Anfrage zur Absenkung der Hortangebote. Frau Felkl merkt dazu an, dass es im Gegensatz zu Krippen- und

Kitaplätzen keinen Rechtsanspruch auf Hortbetreuung gibt. Anliegen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald ist es, vorrangig Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 1 bis 3 mit Hortplätzen zu versorgen. Sollten dann noch freie Kapazitäten vorhanden sein, könnten auch Viertklässler berücksichtigt werden. Nach vorläufigen Statistiken wird es in ca. drei Jahren bis zu drei 1. Klassen mehr als jetzt geben (Gesamt-Stadt). Dies könnte zu Engpässen im Hortbereich führen. Eine aktuelle Statistik zu den Schülerzahlen soll im nächsten Bildungsausschuss durch die Statistikstelle des Amtes Wirtschaft und Finanzen vorgestellt werden.

Zu § 5 (3) der Satzung fragt Herr Dr. Frisch an, ob auch andere Modelle geprüft worden sind und regt an, dass die Eltern auch ein bestimmtes Kontingent Betreuungsstunden zukaufen können.

Dazu führt Frau Felkl unter Verweis auf § 3 (3) aus, dass die Betreuung während der Betriebsferien und an Brückentagen durch die Universitäts- und Hansestadt Greifswald organisiert wird. Die Horte entwickeln dazu auch neue eigene Modelle.

Herr Aé schlägt vor, zur besseren Übersichtlichkeit für die Eltern, die vorliegende Satzung in eine Benutzungs- und gesonderte Gebührensatzung aufzuteilen. Ergänzend fragt Herr Aé nach dem Anteil der Nicht-Fachkräfte in den Einrichtungen.

Frau Felkl erläutert, dass sich die Verwaltung wegen der zahlreichen inhaltlichen Bezüge dazu entschlossen hat, eine einheitliche Satzung vorzulegen. Im Übrigen gibt sie zu bedenken, dass eine konkrete Nennung von Gebühren dazu führen könnte, dass die Satzung eventuell auch mehrmals jährlich anzupassen und neu zu beschließen wäre. Eine einfach zugängliche Information der Eltern über die jeweils gültige Höhe der Beiträge ist dadurch gewährleistet, dass diese öffentlich bekannt gemacht werden und auch in jeder Kita ausgehängt werden (§ 11 (7) der Satzung).

Frau Lembke fragt, wie das Ermessen bei der Erhebung von erhöhten Betreuungskosten bei Überschreitung der vereinbarten Betreuungszeit gehandhabt werden soll.

Hierauf antwortet Frau Felkl, dass grundsätzlich ein kulant es Ermessen mit Feingefühl ausgeübt werden soll. Einerseits sollen einmalige oder seltene Überschreitungen nicht unangemessen sanktioniert werden, andererseits soll wiederholtes oder systematisches Überschreiten der vereinbarten Zeiten so geahndet werden, dass eine erzieherische Wirkung eintritt und die tatsächlichen Mehrkosten auch gedeckt werden. [18:45 Uhr, Herr Dembski kommt]

Frau Gömer ergänzt hierzu, dass die vorliegende Satzung gemeinsam mit den Erzieherinnen und insbesondere den Leiterinnen der Einrichtungen erarbeitet wurde. Die Leiterinnen können im Einzelfall am besten die persönliche Situation der Betroffenen einschätzen und angemessen reagieren.

Herr Siperko fragt nach der Rechtsgrundlage für die Regelung in § 3 (4); ob die Kündigungsfrist in § 9 (4 b) nicht auf 3 Monate erweitert werden kann; ob die Regelung in § 9 (4 c) mit der UN-Behindertenrechtskonvention vereinbar ist und ob beim Betreuungsvertrag, der zwischen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und den

Personensorgeberechtigten geschlossen wird, die Leiterinnen unterschiftsberechtigt sind.

Herr Demski erläutert, dass die Angaben zum Impfstatus und zu den U-Untersuchungen nur gemacht werden „sollen“. Diese Angaben sollen dem Schutz der Gesundheit aller in der Kita aufgenommenen Kinder dienen und die Eltern motivieren, die vorgesehenen Untersuchungen auch durchführen zu lassen. Ein Zwang zur Offenlegung dieser Informationen besteht nicht. Die Unterschriftsbefugnis kann durch den Oberbürgermeister und den Dezernenten delegiert werden. Auf die Zwischenfrage von Herrn Aé zum Kitaplatzanspruch für behinderte Kinder erklärt Herr Dembski, dass der Adressat für einen solchen Anspruch der LK V-G als Träger der Kinder- und Jugendhilfe ist. Die Stadt bietet lediglich Plätze an; werden Plätze mit besonderem Betreuungsangebot im Einzelfall benötigt, steht das unter dem Finanzierungsvorbehalt des Landkreises.

Auf den erneuten Vorschlag von Frau Lembke, die Kündigungsfrist auf 3 Monate auszudehnen, entgegnet Herr Dembski, dass natürlich vor Kündigung rechtzeitig gemahnt wird und geprüft werde, ob ggf. eine Klausel zur Unwirksamkeit der Kündigung bei Einzahlung des geschuldeten Beitrages innerhalb einer bestimmten Frist aufgenommen werden kann.

Herr Klotsch schlägt vor, die der Satzung beigefügten Formulare dahin gehend zu prüfen, ob diese auch geeignet sind, als pdf-Datei elektronisch ausgefüllt zu werden.

Abstimmungsergebnis: 4 X Ja, 1 X Nein, 3 X Enthaltung

[Frau Reuhl beantragt eine Sitzungsunterbrechung von 5 Minuten, die Sitzung wird um 19:25 Uhr fortgesetzt]

(In den vor der Ausschusssitzung ausgereichten Berechnungsbogen hat sich ein Fehler eingeschlichen. Der korrigierte Berechnungsbogen ist diesem Protokoll als Anlage beigefügt.)

Zu TOP: 5.2. 3. Änderungssatzung zur Satzung für den Kultur- und Sozialpass der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Frau Felkl stellt fest, dass der Kultur- und Sozialpass (KuS) ein Erfolgsmodell mit einer wachsenden Zahl von Nutzern ist. Schon jetzt sind so viel Nutzer registriert wie im gesamten Jahr 2012. Nach Hochrechnung der bisherigen Ausgaben würde sich bis zum Jahresende ein Finanzbedarf von ca. 28 T€ ergeben. Im Haushalt sind jedoch nur 12 T€ für den KuS vorgesehen. Da es sich beim KuS um eine freiwillige Leistung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald handelt, müsste eine weitere Bewilligung von Kultur- und Sozialpässen eigentlich ausgesetzt werden. Durch die vorgelegte Änderungssatzung kann erreicht werden, dass die Ausgaben für den KuS mit 25 T€ gedeckelt werden.

Herr Aé bekräftigt seine schon früher vorgetragene Auffassung, dass der Kreis der KuS- Berechtigten zu groß ist und auf die tatsächlich Bedürftigen eingeschränkt werden sollte.

Frau Kindt verweist insofern auf den einstimmigen Beschluss des Ausschusses und den der Bürgerschaft.

Frau Reuhl fragt, ob die Arbeitsgruppe KuS einbezogen wurde.
Frau Kindt erläutert, dass die Preiserhöhungen durch die Verkehrsbetriebe überraschend kamen und deswegen dringender Handlungsbedarf bestand.
[19:45 Uhr Herr Cymek geht]

Die Ausschussmitglieder diskutieren ausgiebig und teilweise kontrovers über verschiedene Modelle, Verfahrensweisen, den Berechtigtenkreis und zur weiteren Ausgestaltung des KuS.
Zusammenfassend weist Herr Dembski nochmals darauf hin, dass der Vorschlag einen Kompromiss darstellt, um den KuS überhaupt fortführen zu können. Die von der Bürgerschaft bewilligten Mittel seien aufgebraucht und da bei freiwilligen Leistungen kein Rechtsanspruch bestehe, sei als Alternative nur eine Beendigung der KuS-Leistungen für das laufende Jahr denkbar.

Herr Kummerow stellt den Antrag auf Rückverweisung der Angelegenheit in die AG KuS zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 3 X Ja, 3 X Nein, 1 X Enthaltung, d. h. nicht angenommen.

Anschließend wird über die Vorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: 3 X Ja, 0 X Nein, 4 X Enthaltung

Zu TOP: 5.3. Zusätzliche Aufnahme von Asylsuchenden und dezentrale Unterbringung

Zu TOP: 5.4. Schönwalde Begegnungszentrum

Herr Aé erläutert die von der SPD-Fraktion eingebrachte Frage zum Begegnungszentrum Schönwalde. Dabei betont er, dass das Begegnungszentrum als Bestandteil der Jugendhilfeplanung und für die Entwicklung der Jugendhilfe im Sozialraum Schönwalde II unverzichtbar ist.

Herr Jacobs weist darauf hin, dass durch die Kreisgebietsreform die mit dem Jugendamt abgestimmte Prozessentwicklung zum Erliegen gekommen ist. Diese sollte wiederbelebt werden.

Herr Dembski gibt zu bedenken, dass es nicht nur – wie in der Vorlage gefordert – um die Betriebskosten geht, sondern vor allem auch um die inhaltlichen Konzepte und die Förderung insgesamt und damit um die weitere Existenz des Hauses.

Herr Kummerow stellt den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 7 X Ja, 0 X Nein, 0 X Enthaltung

Zu TOP: 6. Informationen der Verwaltung

entfällt

Zu TOP: 7. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Mitglieder des Ausschusses

entfällt

Zu TOP: 8. Informationen des Ausschussvorsitzenden

Herr Kummerow stellt den Vorschlag zur Abstimmung, künftig die Sitzungen des Ausschusses regelmäßig im Haus der Begegnung abzuhalten. In diesem Zusammenhang dankt er Herrn Siperko für die erwiesene Gastfreundschaft in den Räumen der Caritas.

Abstimmungsergebnis: 7 X Ja, 0 X Nein, 0 X Enthaltung

Zu TOP: 9. Bestätigung des Protokolls vom 03.06.2013

Abstimmungsergebnis: 5 X Ja, 0 X Nein, 2 X Enthaltung

Zu TOP: 10. Sitzungsende

Der Ausschussvorsitzende beendet die Sitzung um 20:35 Uhr.

Marian Kummerow

Ausschussvorsitzender

Ludwig-Andreas Klöckner

Protokoll